



Presseinformation

26.05.2017

Austausch zum neuen Bundesteilhabegesetz SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis diskutiert in Mariaberg mit Betroffenen

Gammertingen-Mariaberg (zr). „Kann ich mit der neuen Gesetzesregelung zukünftig selber aussuchen, welche Leistungen ich für mich in Anspruch nehme?“, „Habe ich bald wirklich die Chance, ein bisschen mehr Geld zu bekommen?“ – solche und ähnliche Fragen standen gestern in Mariaberg, bei der Diskussionsrunde der SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis mit Vertretern des Werkstatt-, Bewohner- und Angehörigenbeirats sowie Führungskräften der diakonischen Einrichtung im Mittelpunkt. Die gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion erläuterte den Anwesenden die Grundbestandteile des neuen Bundesteilhabegesetzes, das in Teilen seit Januar 2017 und in mehreren Stufen bis zum Jahr 2023 vollends in Kraft sein wird.

In einer kurzen Einführungsrunde stellte der Mariaberger Vorstand Rüdiger Böhm, die Entwicklungen und Zukunftsplanungen des diakonischen Trägers Mariaberg e.V. vor. Seit dem Jahr 2006 finden in der Einrichtung weitreichende Umstrukturierungs- und Umwandlungsprozesse statt. Die ehemalige Komplexeinrichtung verlagerte zahlreiche Angebote in die Gemeinden der Region und startete parallel dazu eine modellhafte Stadtteilentwicklung, bei der das ehemalige Heimgelände in einen attraktiven Wohn- und Lebensort umgewandelt wurde.

Hilde Mattheis präsentierte in ihrem Vortrag die Verbesserungen und Veränderungen, die es durch das neue Gesetz in den Bereichen der Selbstbestimmung, der Zukunftsplanungen und in Bezug auf die Finanzierung von Leistungen sowie den Schutz des Vermögens und Einkommens von Menschen mit Behinderung geben wird. „Zukünftig werden die Menschen mit Behinderung

als Leistungsbezieher zusammen mit den Vertretern der Kostenträger beraten, welche Leistungen, in welchem Umfang sie benötigen, was sie sich wünschen und was sie brauchen. Hier wird nicht mehr von oben verordnet, was gut für diese Menschen ist, sondern sie sind aktiv und gleichberechtigt bei ihrer Lebens- und Zukunftsgestaltung einbezogen“, erläuterte die SPD-Politikerin.

„Wir hoffen sehr, dass die konkretere Ausgestaltung des Gesetzes für die Praxis sowie detaillierte Informationen und Beschlüsse zur zukünftigen Finanzierung und die Aufstellung des noch fehlenden Bauzeitenplans schnell realisiert werden. Sonst gibt es keine Planungssicherheit und eine mangelnde Refinanzierung von durchgeführten Maßnahmen in den Einrichtungen“, formulierte Böhm in Richtung der politischen Entscheidungsgremien in Berlin.

Hilde Mattheis ist als Abgeordnete für den Wahlkreis Ulm/Alb-Donau im Bundestag und betreut in dieser Position den Wahlkreis Sigmaringen mit. Zusammen mit dem Vorsitzenden des Sigmaringer SPD-Kreisverbandes Michael Femmer bereiste sie gestern die Region und besuchte verschiedene Einrichtungen und Unternehmen.

Bildunterschrift:

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis, MdB (Mitte) diskutierte in Begleitung des Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Sigmaringen Michael Femmer (li.) mit Mariabergs Vorstand Rüdiger Böhm (re.) sowie Vertretern des Werkstatt-, Bewohner- und Angehörigenbeirats über das neue Bundesteilhabegesetz.



Pressesprecher Mariaberg e.V.:
Robert Zolling

**Detailinformationen über Mariaberg e.V. finden Sie in unserem Organigramm sowie in der Broschüre „Wir in Mariaberg“, die Sie unter folgendem Link downloaden können:
www.mariaberg.de/ueber-uns/mariaberg-e-v.html**